

- 2 NOV. 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

SP/XVI/246 - 31. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Staatsführung auf Abruf</u> "Komplex Adenauer" belastet die deutsche Politik	79
3 - 3a	<u>Terror des Schreckens</u> Wohin steuert die Sowjetunion ?	61
4 - 5	<u>Frankreichs Linke vor schweren Entscheidungen</u> Sammlung der demokratischen Mitte oder "Volksfront" ? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer	101
6 - 7	<u>Gefährliches Spiel an der Mauer</u> Noch keine Klärung einer beunruhigenden Lage	69

* * * *
* * *

Staatsführung auf Abruf

"Komplex Adenauer" belastet die deutsche Politik

G.M. - Am Morgen des 18. September 1961, als das Wahlergebnis feststand, beantwortete Erich O l l e n h a u e r die Frage eines Journalisten, wie es nun weitergehen solle, mit der lakonischen Bemerkung: "Der Verlust der absoluten CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag ist in jedem Falle der Anfang des Endes der Ära Adenauer".

Sechs Wochen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP haben gezeigt, daß Ollenauer das Wahlergebnis richtig beurteilte. Adenauers Nimbus von einem Mann, der a l l e n Situationen gewachsen ist, schwand dahin. Eigentlich konnte man das schon mit gutem Grund am 14. August feststellen und noch mehr in jenen Tagen, da der Alt-Bundeskanzler den Gewaltakt Ulbrichts in Berlin und die sich daraus ergebende Verschärfung der Berlin-Krise als "sowjetische Wahlhilfe für die SPD" bezeichnete. In dieser Situation zeigte sich das Unvermögen des alten Herrn, die Notwendigkeiten einer deutschen Staatspolitik von den zu trennen, was er gelegentlich Wahlkampfaktik zu nennen beliebt ...

Was nach dem 18. September bis zum heutigen Tage in Bonn geschah, ist eigentlich nur noch eine zusätzliche Bestätigung für die Befürchtung vieler seiner eigenen Parteifreunde: die in Adenauer tief verwurzelte Mißachtung von Ideen, Menschen und demokratischen Institutionen.

Es ist bitter, so etwas sagen zu müssen, denn es gibt auch in der CDU/CSU nicht wenige aufrechte Männer, die nur noch in einer Art Treueverpflichtung die Fiktion aufrecht erhalten wollen, ihr Parteivorsitzender sei unfehlbar. Wir meinen jedoch, daß der jetzt sichtbar werdende Gärungsprozeß innerhalb dieser Partei ungestört von außen seine Vollendung finden muß, da eine so große demokratische Partei wie die CDU sicher auch dann noch weiter zu existieren gedenkt, wenn Herr Adenauer nicht mehr Bundeskanzler oder Parteivorsitzender ist.

U n s berühren alle diese Fragen aus einem ganz anderen Grunde. Selbst wenn es Herrn Dr. Adenauer gelingen sollte, die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP doch noch zustande zu bringen, wird die von ihr getragene Regierung eine Staatsführung auf Abruf sein. Es ist nicht nur das während der Koalitionsverhandlungen zutage getretene Mißtrauen zwischen den präsumtiven Partnern, das uns zu dieser Bemerkung veranlaßt, sondern die Tatsache, daß Adenauer selbst erklärt hat, er werde im Verlaufe der Legislaturperiode zurücktreten.

Wenn der Bundeskanzler zurücktritt, muß das Kabinett ihm folgen. Dann werden die gleichen "Verhandlungen" über die Bildung einer neuen Regierung beginnen, wie wir sie jetzt erlebt haben. Vor dem Rücktritt einer solchen Regierung wird sich jedoch im In- und Ausland jedermann fragen, wieviel die Beschlüsse einer Regierung wert sind, die sich schon im Augenblick ihrer Bildung den Bodensstoß versetzt hat.

Würde es sich dabei nur um Personen handeln, dann wäre dies alles nicht so wichtig. Aber schließlich geht es ja nicht nur um das Auswechseln von einzelnen Ministern, sondern um eine Politik, von deren Substanz das Schicksal unseres Volkes abhängt.

Der Rücktritt des Außenministers hat die Frage nach der Kontinuität der deutschen Außenpolitik aufkommen lassen. Während der Außenminister selbst zu erkennen gab, sein Rücktritt sei politisch bedingt, betonte der amtierende Bundeskanzler sofort danach, an der bisherigen Außenpolitik werde sich auch nach dem Rücktritt des Herrn von Brentano nichts ändern.

Was ist richtig? Wir wissen es nicht, denn im Dschungel der Verhandlungen über die Regierungsbildung sind besonders bei der FDP Stimmen laut geworden, die darauf schließen lassen, daß des Bundeskanzlers Erklärung mehr eine Beruhigungsphrase für die Freunde der Bundesrepublik im Westen, als eine sachlich begründete Feststellung war.

Deswegen ergibt sich jetzt, unabhängig davon, ob die CDU/CSU-FDP-Koalition zustande kommt oder nicht, dringender denn je die Aufgabe, nunmehr endlich zu einer Bilanz der heute noch vorhandenen Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschlandpolitik zu kommen. Das Weiterwursteln, Finassieren und Intrigieren hilft niemandem weiter; es führt nur dazu, daß sich die CDU/CSU mit Adenauer an der Spitze ihrer vielleicht noch vorhandenen Möglichkeiten beraubt, der ihr von den Wählern übertragenen Aufgabe gerecht zu werden. Erst wenn die Bilanz auf dem Tisch liegt, wenn alle demokratischen Kräfte als gleichberechtigte Partner und unter Berücksichtigung der gegebenen internationalen Situation eine für das deutsche Volk erforderliche Politik ausgetestet haben, wird man weiterkommen.

Wir würden bei einem solchen Versuch natürlich gezwungen sein, den "Komplex Adenauer" zu überwinden, ohne hierbei das ehrwürdige Alter zu verletzen. Mit dem Verlust der absoluten CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag und nach der Ankündigung Adenauers, er wolle sich im Laufe der Legislaturperiode zurückziehen, wäre es unverständlich, wenn man sich weiter so verhalten würde, als habe sich am 17. September 1961 in der Bundesrepublik nichts geändert und als sei der 13. August nur ein Alptraum.

Terror des Schreckens

ler - Das Unbegreifliche ist geschehen. Die Sowjetunion hat unter höhnischer Missachtung der Proteste aus allen fünf Kontinenten die grösste und folgenschwerste Atombombenexplosion in der Geschichte der Menschheit ausgelöst. Weder die Bitten besorgter Mütter, noch die Warnungen der Atomwissenschaftler, noch der mahnende Appell der überwiegenden Mehrheit der Vereinten Nationen haben Chruschtschow davon abhalten können.

Seine zynische Antwort auf alles dies war die Bemerkung, er sehe sich dazu genötigt, da er einen Angriff der NATO-Staaten befürchte, den er durch diese schreckliche Zurschau-Stellung eigener militärischer Machtentfaltung abzuwehren hoffe. Und um diese seine Befürchtung noch zu untermalen, schlug er der finnischen Regierung "Konsultation hinsichtlich des Schutzes der sowjetischen und finnischen Grenzen gegen einen möglichen Angriff durch Westdeutschland und seine Verbündeten" vor. Chruschtschow sieht in der Bundesrepublik eine Ursache der Kriegsgefahr in Europa, er bildet sich eine gegen die Sowjetunion gerichtete Verschwörung der NATO-Staaten ein, die von schwedischen Kreisen unterschätzt, von einigen finnischen Kreisen sogar aktiv unterstützt werde. Welch' makabre Begründung für eine Herausforderung der ganzen nichtkommunistischen Welt!

Heute muss sich alle Welt fragen, was ist eigentlich der vielgerühmte sowjetische Geheimdienst wert, der dem mächtigsten Mann der Sowjetunion ein so schauerlich verzerrtes Bild von der Welt ausserhalb des Ostblocks vorsetzt? Der sowjetische Ministerpräsident nimmt allzu oft die Friedenssehnsucht der Völker für sich in Anspruch, er macht sich oft zum Sprecher jener Völker, die nichts anderes wollen, als in Frieden und Sicherheit zu leben, aber in gleichen Atemzug veranlasst er den Frieden und die Sicherheit bedrohende Handlungen, die, wie Stevenson in der UNO sagte, ein "grosser Sprung zur Auflösung und Katastrophe der ganzen Welt" sind. Die fortgesetzte Kette

sowjetischer nuklearer Explosionen; die zynische Missachtung tiefgehender Besorgnisse aller Völker - einschliesslich der eigenen - die Verurteilung der Vereinten Nationen zur Ohnmacht und die damit verbundene rücksichtslose Bekundung der eigenen Macht müssen in ihrer Folgewirkung noch mehr Misstrauen, noch mehr Furcht voreinander und noch mehr Wettrüsten auslösen.

Stalin, die Geissel der Sowjetunion, der das russische Volk peinigete wie kaum ein anderer Despot in der russischen Geschichte, muss nach dem Tode noch büßen, was er als Lebender der Sowjetunion und ihren Menschen angetan hat. Auf ihn und seine Werkzeuge richtet sich, neun Jahre nach seinem Ende, der grenzenlose Zorn der Überlebenden. Koch im Tode findet der Nachfolger Lenins keine Ruhe und seine Gebirge werden irgendwo in den Weiten Russlands verscharrt werden, nicht auffindbar mehr für die Bürger der Sowjetunion. Ist nicht ein Zeitpunkt denkbar, an dem einst ein Nikita Chruschtschow vom eigenen Volk und vor der ganzen Menschheit in den Pfuhl allgemeiner Verachtung gestossen wird, wie der seinerzeit allmächtige, Schrecken und Tod um sich verbreitende Georgier? Sein Nachfolger fordert die Schranken des Weltrechts heraus.

Stalins Terror galt den Völkern der Sowjetunion, Chruschtschows Terror richtet sich aber gegen die ganze Welt. Für ihn gibt es keine wie immer auch geartete Entschuldigung. Unter den Folgen der sich der Gefahrengrenze nähernden Radioaktivität haben wir alle zu leiden. Der Mord an noch ungeborenen Generationen stellt sogar die Verbrechen Stalins in den Schatten. Seine Urheber offenbaren eine Gesinnung, die von der Humanität ebenso weit entfernt ist wie das Leben der Neandertaler von der Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts. Gelingt es nicht mit äusserster Anstrengung, den Verfall des Humanen aufzuhalten, ein Mindestmass von Kooperation zwischen den Weltmächten zu sichern, dann dürften wohl losgelassene Höllenhunde das Schicksal der sich am Rande des Abgrunds befindender Menschheit bestimmen.

Frankreichs Linke vor schweren Entscheidungen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Jedermann weiß, daß in Frankreich die entscheidende Auseinandersetzung zwischen links und rechts, zwischen den Kräften der Demokratie und den rechtseradikalen Sturmabteilungen bevorsteht und mit Abschluß des Algerienkrieges und einem Verschwinden General de Gaulles unvermeidlich wird. Mai 1958, Januar 1960 und April 1961 waren nur Vorpostengefechte. Die rechtsextremen Kräfte haben sich heute in der OAS gesammelt und sind zum letzten Sturm bereit. Ist auch die französische Linke gerüstet?

Die Situation ist so ernst, daß selbst die demokratischen Mittelparteien, die katholischen Volksrepublikaner (MRP) und die freisinnigen Radikalen aus ihrem Schlummer erwacht sind und die etwas rostig gewordenen Waffen hervorholen.

Bürgerliche Republikaner, Sozialisten und Kommunisten veröffentlichen getrennte Aufrufe, in denen gleiche Akzente zu vernehmen sind: Verteidigung der Republik, Abwehr der faschistischen Gefahr, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Dennoch, keine gemeinsame Aktion auf politischer Ebene. Die Gegenwart drängt dazu, die Vergangenheit steht aber noch trennend zwischen den Linksparteien, und auch die Sorge um die Zukunft erschwert ein gemeinsames Handeln. Die Demokraten wollen die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie, viele Sozialisten wünschen aber kein Zurück zur vierten Republik, sondern eine erneuerte Demokratie, die eine Wiederholung totalitärer und autoritärer Experimente ausschließt. Die Kommunisten drängen natürlich zu einer "Volksdemokratie" oder "Volksfront".

Nach den letzten Kundgebungen schien es, als wollten die Linksparteien ihre Gegensätze zurückstellen und das Einigende hervorheben. Selbst die Kommunisten stellten seit ihrer letzten Parteikonferenz ihre üblichen Angriffe gegen die Sozialisten ein. Da und dort versucht man sich klar zu machen, daß es jetzt nicht um die Ausarbeitung künftiger Programme geht, sondern um die Abwehr einer unmittelbaren Gefahr, die für alle tödlich sein kann.

Radikale und gemäßigte Sozialisten

Die PSU (Vereinigte Sozialistische Partei) spielt dabei eine besondere Rolle. Sie ist bekanntlich einerseits eine Abspaltung der SFIO (Depreux, Verdier, André Philip), umfaßt aber andererseits auch den linken Flügel der Radikalen (Mendès-France), eine oppositionelle Gruppe der KPF und linkskatholische Kreise. Schon durch ihre Zusammensetzung war es der PSU mehrmals möglich, Parallelverhandlungen mit den großen Parteien der Sozialisten und Kommunisten zu führen und diese indirekt zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen. Auch diesmal hofft die PSU Bindeglied zu sein und eine Aktionseinheit auf breiter Ebene zu erreichen.

Das Treffen zwischen Mollet und Mendès-France vor einigen Wochen schien eine neue Etappe einzuleiten, die Linke aus ihrem dreijährigen Schlaf zu wecken. Die beiden Männer hatten sich seit fünf Jahren nicht mehr getroffen. Mendès-France hatte 1956 die Regierung Mollet-Lacoste verlassen, um gegen die damalige Algerienpolitik zu protestieren, die zwei Jahre später zum Untergang der vierten Republik führen sollte. Dem sozialistischen Parteivorsitzenden wieder fällt es sicher nicht leicht, sich mit Mendès-France an einen Tisch zu setzen, der heute als Vertreter der PSU links von der SFIO steht.

Die beiden Parteileitungen begannen Verhandlungen und sollten sie am 30. Oktober fortsetzen. Die SFIO hat nun diese Einheitsfrontbesprechungen mit der PSU vorläufig unterbrochen. Der Hauptgrund ist, daß die PSU parallel zu ihren Besprechungen mit der SFIO auch Verhandlungen mit der KPF führt, die immerhin 20 bis 25 Prozent der französischen Wähler hinter sich hat und außerdem mit dem größten französischen Gewerkschaftsbund (CGT) einen Großteil der Betriebsarbeiterschaft beeinflusst.

"Einheitsfront" oder "Volksfront"

Der sozialistische Parteisekretär Georges Brutelle schreibt in seinem offenen Brief an die Linksozialisten: "Ihr meint weiterhin, daß der Kampf gegen die Drohung einer faschistischen Diktatur gemeinsam mit den Führern der KP organisiert werden muß, von welchen Ihr wißt, daß sie keine Demokraten sind; Ihr schreckt nicht davor zurück, ihre Machtergreifung zu begünstigen, obwohl Ihr wißt, daß sie Euch selbst jede Ausdrucksmöglichkeit rauben würden".

Die SFIO-Führung fürchtet insbesondere eine Neuauflage der "Volksfront", die hier 1936 unter dem Vorsitz von Léon Blum das Bündnis zwischen Sozialisten, Kommunisten und Radikalen war, heute aber, aufgrund der osteuropäischen Erfahrung, einen üblen und gefährlichen Beigeschmack hat. Die Mehrheitssozialisten lehnen daher jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ab und neigen eher zu einer Einheitsfront mit den Mittelparteien und auch mit den "Linksgaullisten" (UDT). Die Minderheitssozialisten (PSU) hingegen fühlen sich in ihrer linksextremen Entwicklung mehr zu den Kommunisten hingezogen, allerdings ohne Illusionen über die totalitäre Zielsetzung und die stalinistischen Methoden gerade der KPF.

Andere Motive für den Abbruch der Verhandlungen zwischen gemäßigten und radikalen Sozialisten können als zweitrangig bezeichnet werden, obwohl sie hier in der Polemik eine große Rolle spielen. So ein Artikel des "Express" zum Ableben des früheren sozialistischen Ministerpräsidenten Ramadier. Der Chefredakteur der bekannten Pariser Wochenzeitung, JJ-Servan-Schreiber, äußert sich nicht sehr taktvoll über den Veteranen der SFIO und wirft ihm u.a. vor, schon 1947 durch Festlegung auf westliche Außenpolitik und Ausschiffung der kommunistischen Minister, Frankreich in das atlantische Lager geführt und angeblich die Kriege in Indochina und Algerien mitverschuldet zu haben.

Die PSU erwidert auf die Vorhaltungen der SFIO, daß der "Express" nicht ihr Organ und sie für die persönlichen Artikel Servan-Schreibers nicht verantwortlich sei, was den Tatsachen entspricht. Man weiß allerdings, daß zahlreiche PSU-Leute über die reformistische Politik Ramadiers womöglich ein noch härteres Urteil fällen.

Aber geht es denn darum? Praktisch ist es so, daß in zahlreichen Departements der französischen Provinz bereits gemeinsame Aktionsausschüsse gebildet werden, an welchen alle Links- und Mittelparteien und vor allem die Gewerkschaften aller Richtungen teilnehmen. Das Versagen der politischen Parteien in den ganzen letzten Jahren und leider auch in der gegenwärtigen Stunde hat zur Folge, daß in der fünften Republik die Gewerkschaften eine aktivere und wichtigere Rolle spielen, als je zuvor und an der Spitze der Widerstandsbewegung gegen das autoritäre Regime und gegen die faschistische Gefahr stehen. + + +

Gefährliches Spiel an der Mauer

E.Z. - Berlin

Wenn in der vergangenen Woche die Weltöffentlichkeit von neuem durch die Zuspitzung der Lage an der kommunistischen Mauer nach Berlin blickte, so hat das Wochenende trotz der anhaltenden Spannung doch eine Klärung gebracht. Als die Amerikaner täglich ihr verbrieftes Recht auf einen freien, von den ostdeutschen Organen nicht kontrollierten Zugang nach Ostberlin demonstrierten und dabei immer wieder ein militärischer Schutz für die durch die Vopo behinderten Angehörigen der US-Dienststellen notwendig wurde, wobei sogar Panzer bis an die Grenzlinie zwischen West- und Ostberlin vorfuhren, sahen sich die Sowjets durch die Entsendung von ebensolchen Panzern zu einer Gegenaktion veranlasst.

Das Eingreifen der Sowjets in Ostberlin brachte - so wenig es auch zu der Sicherung der westalliierten Rechte bezüglich des freien, unkontrollierten Zugangs nach Ostberlin beigetragen hat - doch den Beweis, dass die Sowjets auch heute noch die Verantwortung für die alliierten Rechte in Berlin tragen, sowohl sie im Notenwechseln und in den Besprechungen mit den westalliierten Stadtkommandanten immer wieder die Fiktion aufrecht zu erhalten versuchen, als ob Ostberlin als "Hauptstadt der DDR" nur der souveränen Entscheidungsgewalt der Pankower Regierung unterstehe.

Für die SED-Führung in Ostberlin, deren Vopo-Kommandos an der Sperrmauer sich nun seit einer Woche völlig widerrechtlich die Kontrolle der Insassen von westalliierten Kraftwagen anmaßen, war das Eingreifen der Sowjets recht blamabel, weil dadurch die so viel zitierte Souveränität der SED in Ostberlin in einem eindeutigen Licht erschien. Wie wenig willkommen die Entsendung sowjetischer Panzer - nicht Panzer der Ulbricht-Armee - an die Mauer für die SED war, zeigte sich schon darin, dass die SED-Presse bis zum Wochenende diese Tatsache einfach verschwieg, obwohl ihre Rotationsmaschinen nicht genug Berichte über die Lage an der Grenzmauer lieferten.

Indes, die Tatsache, daß die Sowjets selbst an der Sperrmauer erschienen, hat keineswegs zur Sicherung der Rechte der Westmächte in ganz Berlin geführt. Im Gegenteil, die Proteste und Vorstellungen der Amerikaner beim sowjetischen Stadtkommandanten und des US-Botschafters in Moskau erhielten unbefriedigende Antworten, da die Sowjets nach dem Stand vom Wochenende den Anspruch Pankows auf Kontrolle der zivilen Insassen von westalliierten Kraftwagen bei der Einfahrt nach Ostberlin billigen.

Es hat den Anschein, als ob Moskau mit dem gefährlichen Spiel an der Mauer zwischen Ost- und Westberlin einen neuen Druck auf die Westmächte ausüben will. Als Pankow am 22. Oktober erstmalig seine "Stärke" zu demonstrieren versuchte, indem die Vopos eine Ausweiskontrolle gegenüber dem stellvertretenden US-Missionschef forderten, war der sowjetische Stadtkommandant offenbar wenig erbaut über diesen Zwischenfall. Es kam damals - was bisher nicht bekannt ist - zu einer Besprechung eines hohen US-Offiziers mit dem politischen Berater des sowjetischen Stadtkommandanten, Lazariew, in der dieser sein Bedauern über diesen Zwischenfall aussprach. Es wurde vereinbart, zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten sollten die drei westlichen Kommandanten eine Liste derjenigen Kennzeichen von Kraftwagen einreichen, die von den westlichen Dienststellen in Berlin benutzt werden.

Wenn eine solche Liste, die übrigens schon früher einmal dem sowjetischen Stadtkommandanten übergeben worden war, überhaupt einen Sinn haben konnte, dann nur den, daß die zivilen Insassen der mit diesen Kennzeichen versehenen Kraftwagen nicht der Vopo-Kontrolle unterliegen. Mochte auf Grund dieses Gespräches der Eindruck bestehen, den Sowjets wäre an einer verschärften Spannung durch Verletzung der Bestimmungen über den freien, unkontrollierten Zugang der Westalliierten nach Ostberlin nichts gelegen, so sind die Berliner seit dem letzten Wochenende eines besseren belehrt.

Es bleibt die Frage, aus welchem Grunde die Sowjets im Laufe einer Woche ihre Haltung revidiert haben. War der sowjetische Stadtkommandant Solowjew Opfer eines falschen Zungenschlags geworden oder aber hat sich Moskau eines anderen besonnen und an der Mauer in Ostberlin die Chance zu einem neuen taktischen Pressionsmanöver entdeckt? Hat vielleicht etwa Ulbricht, der sich zur Zeit in Moskau aufhält, seine Hand im Spiel? Die Widersprüche werfen ohne Zweifel ein bezeichnendes Licht auf die Verhandlungsbereitschaft, die Chruschtschow erst vor kurzem auf dem Moskauer Parteitag erklärt hat. + + +